

# **Anlagereglement der Pensionskasse Kanton Solothurn**

**beschlossen von der Verwaltungskommission  
am 31. Oktober 2022, gültig ab 1. Februar 2023**

---

## Inhaltsverzeichnis

A. Grundsätze der Vermögensanlage.....	3
Art. 1. Grundsätze.....	3
Art. 2. Anlagephilosophie.....	3
Art. 3. Anlagestrategie.....	4
Art. 4. Governance.....	4
Art. 5. Bewertung Aktiven und Passiven und Wertschwankungsreserve.....	5
B. Anlagerichtlinien.....	6
Art. 6. Allgemeine Anlagerichtlinien.....	6
Art. 7. Liquide Mittel.....	6
Art. 8. Festverzinsliche.....	6
Art. 9. Aktien.....	6
Art. 10. Immobilien.....	6
Art. 11. Infrastruktur.....	6
Art. 12. Alternative Anlage.....	6
Art. 13. Nachhaltige Vermögensanlage.....	7
Art. 14. Wahrnehmung der Aktionärsrechte.....	7
Art. 15. Anlagen beim Arbeitgeber.....	8
C. Aufgaben und Kompetenzen.....	9
Art. 16. Führungsorganisation.....	9
Art. 17. Verwaltungskommission.....	9
Art. 18. Anlageausschuss.....	10
Art. 19. Geschäftsführer.....	10
Art. 20. Bereichsleiter Anlagen.....	10
Art. 21. Investment Controller.....	11
Art. 22. Unabhängige Anlageberater.....	11
Art. 23. Zentrale Depotstelle (Global Custodian).....	11
Art. 24. Wertschriftenleihe (Securities Lending).....	12
Art. 25. Pensionsgeschäfte (Repurchase Agreement).....	12
Art. 26. Einsatz derivativer Instrumente.....	12
D. Überwachung und Berichterstattung.....	13
Art. 27. Überwachung.....	13
Art. 28. Berichterstattung.....	13
E. Schlussbestimmungen.....	14
F. Anhang 1 - Übergeordnete Strategie.....	15

## **A. Grundsätze der Vermögensanlage**

### **Art. 1. Grundsätze**

<sup>1</sup> Dieses Anlagereglement legt die Ziele, Grundsätze, Richtlinien, Aufgaben und Kompetenzen fest, die bei der Bewirtschaftung des Vermögens der Pensionskasse Kanton Solothurn (nachfolgend «PKSO» genannt) zu beachten sind.

<sup>2</sup> Im Vordergrund der Bewirtschaftung des Vermögens stehen ausschliesslich die Interessen der Destinatäre. Im Rahmen der Risikofähigkeit soll die Gesamtrendite maximiert werden. Dabei werden die Nachhaltigkeitsaspekte angemessen berücksichtigt.

<sup>3</sup> Alle mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung betrauten Personen sind zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sowie allfälligen weitergehenden, für die PKSO relevanten, Regulierungen verpflichtet.

<sup>4</sup> Das Vermögen ist derart zu bewirtschaften, dass

- die versprochenen Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können,
- die anlagepolitische Risikofähigkeit eingehalten und damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet wird,
- im Rahmen der Risikofähigkeit die Gesamtrendite (laufender Ertrag plus Wertveränderungen) maximiert wird, damit langfristig ein möglichst grosser Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Rentenleistungen erzielt werden kann.

<sup>5</sup> Die Risikofähigkeit der PKSO ist insbesondere von der finanziellen Lage sowie der Struktur und der Beständigkeit des Destinatärbestandes abhängig.

<sup>6</sup> Die Vermögensanlagen

- werden derart investiert, dass der voraussehbare Bedarf an liquiden Mittel gedeckt ist,
- werden auf verschiedene Anlagekategorien, Märkte, Währungen, Branchen und Sektoren usw. verteilt,
- erfolgen in Anlagen, die eine mindestens marktkonforme Gesamtrendite abwerfen.

### **Art. 2. Anlagephilosophie**

<sup>1</sup> Die Festlegung der langfristigen Anlagestrategie ist der Kernpunkt des Anlageprozesses. Die Strategie orientiert sich an den langfristigen Zielen der PKSO und der Risikofähigkeit. An der von der Verwaltungskommission und dem Anlageausschuss festgelegten Anlagestrategie soll grundsätzlich auch bei Marktverwerfungen festgehalten werden.

<sup>2</sup> Die PKSO ist der Überzeugung, dass die Finanz- und Kapitalmärkte meist und grundsätzlich effizient sind. Daher sieht sie sich nicht in der Lage, die optimale Gewichtung der Anlagekategorien kurz- und mittelfristig korrekt vorherzusagen und nimmt taktische Anlageentscheide nur im Sinne des regelbasierten Rebalancing vor.

<sup>3</sup> Als Pensionskasse hat die PKSO einen langfristigen Investitionshorizont. Unter Wahrung der Sicherheit der Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen sind dadurch auch Anlagen mit langem Zeithorizont möglich. Diese langfristige Kapitalbindung und Illiquidität muss entsprechend entschädigt werden.

<sup>4</sup> Die PKSO berücksichtigt bei ihrer Vermögensanlage die Aspekte der Nachhaltigkeit. Die Grundsätze der Nachhaltigkeit werden in diesem Anlagereglement genauer definiert.

### **Art. 3. Anlagestrategie**

<sup>1</sup> Die Verwaltungskommission der PKSO bestimmt eine übergeordnete Anlagestrategie. Als Grundlage dient die Kategorienbezeichnung gemäss BVV2. Ausserdem bestimmt die Verwaltungskommission die für die Feinallokation zulässigen Anlagekategorien.

<sup>2</sup> Die Feingliederung der Strategie wird durch den Anlageausschuss bestimmt, wobei die Vorgaben der übergeordneten Anlagestrategie eingehalten werden müssen.

<sup>3</sup> Die Anlagestrategie ist auf die Risikofähigkeit der PKSO abgestimmt und berücksichtigt die langfristigen Rendite- und Risikoeigenschaften der verschiedenen Anlagekategorien.

<sup>4</sup> Die übergeordnete Anlagestrategie wird im Anhang abgebildet.

<sup>5</sup> Für die einzelnen Anlagekategorien der übergeordneten Anlagestrategie werden spezifische Richtlinien erlassen, die im Anhang enthalten sind.

<sup>6</sup> Zur Verwirklichung der Anlagestrategie bedient sich die PKSO eines stufengerechten Management-Informationskonzeptes, damit die verantwortlichen Instanzen über aussagekräftige, führungsrelevante Informationen verfügen. Sie verwendet ebenfalls Planungs- und Überwachungsinstrumente, insbesondere einen Liquiditätsplan und periodische Analysen der Anlageresultate und der Risikofähigkeit zur Feststellung der Anforderungen an die Anlagestrategie sowie zur Überprüfung der Zielerreichung.

### **Art. 4. Governance**

<sup>1</sup> Sämtliche Personen, die in die Vermögensbewirtschaftung der PKSO involviert sind, wie Finanzdienstleister und weitere Dienstleister, Organe, Gremien, interne oder externe Personen usw. (die «Verantwortlichen»), haben die nachfolgenden Anforderungen und Vorgaben zu erfüllen bzw. einzuhalten.

<sup>2</sup> Die Verantwortlichen müssen:

- einen guten Ruf geniessen und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten;
- treuhänderisch und ausschliesslich im Interesse der Versicherten handeln;
- die massgeblichen Gesetze einhalten;
- die Vertraulichkeit wahren;
- die Kenntnisnahme und Einhaltung der vorliegenden Governance Regeln schriftlich bestätigen;
- die «ASIP Charta» oder ein gleichwertiges Regelwerk einhalten.

<sup>3</sup> Die Verantwortlichen der PKSO müssen sicherstellen, dass aufgrund ihrer persönlichen und geschäftlichen Verhältnisse kein Interessenskonflikt entsteht. Die Verantwortlichen mit einer Interessenbindung, welche die Unabhängigkeit beeinträchtigen kann, treten bei der betreffenden Entscheidung der Gremien von sich aus in den Ausstand.

<sup>4</sup> Bei bedeutenden Rechtsgeschäften mit Nahestehenden müssen Konkurrenzofferten eingefordert werden. Dabei muss über die Vergabe vollständige Transparenz herrschen. Als nahestehende Personen gelten insbesondere der Ehegatte oder die Ehegattin, der eingetragene Partner oder die eingetragene

Partnerin, der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin und Verwandte bis zum zweiten Grad sowie juristische Personen, an denen eine wirtschaftliche Berechtigung besteht.

<sup>5</sup> Die Verantwortlichen dürfen nicht mit den gleichen Finanzinstrumenten handeln wie die PKSO, wenn dieser daraus ein Nachteil entsteht. Sie dürfen keine vorgängigen, parallelen oder unmittelbar danach anschliessenden, gleichlaufenden Eigengeschäfte (Front/Parallel/After Running) tätigen. Das Umschichten der Depots ohne wirtschaftliches Interesse der PKSO ist unzulässig.

<sup>6</sup> Die Entschädigung der Verantwortlichen muss eindeutig bestimmbar und abschliessend in einer schriftlichen Vereinbarung geregelt sein. Vermögensvorteile, welche die Verantwortlichen darüber hinaus im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit für die PKSO entgegengenommen haben, sind der PKSO zwingend und vollumfänglich offenzulegen sowie abzuliefern. Davon ausgenommen sind Gelegenheitsgeschenke von geringem Wert. Als solche gelten Gelegenheitsgeschenke in anderer Form als Geld, welche den Wert von CHF 200 im Einzelfall bzw. CHF 500 pro Jahr und Geschäftspartner sowie insgesamt über alle Geschäftspartner in der Summe von CHF 2'000 pro Jahr nicht übersteigen. Die Annahme von Einladungen zu Veranstaltungen ohne Begleitpersonen mit einem der Pensionskasse nutzenstiftenden geschäftlichen Inhalt, einschliesslich eines Rahmenprogramms, bis zu einer Dauer von einem Tag ist zulässig.

<sup>7</sup> Die Verantwortlichen müssen ihre Interessenverbindungen jährlich gegenüber der Verwaltungskommission der PKSO offenlegen und dieser jährlich eine schriftliche Erklärung darüber abgeben, dass sie sämtliche Vermögensvorteile abgeliefert haben. Bei der Verwaltungskommission erfolgen diese Offenlegungspflichten gegenüber der Revisionsstelle. Tätigen die Verantwortlichen oder ihnen nahestehende Personen Rechtsgeschäfte mit der PKSO, so müssen diese bei der jährlichen Prüfung gegenüber der Revisionsstelle offengelegt werden. Gleiches gilt für Rechtsgeschäfte mit dem angeschlossenen Arbeitgeber.

## **Art. 5. Bewertung Aktiven und Passiven und Wertschwankungsreserve**

<sup>1</sup> Die Aktiven und Passiven sind nach den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 26 zu bewerten.

<sup>2</sup> Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen werden auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz Wertschwankungsreserven gebildet.

Die notwendige Zielgrösse der Wertschwankungsreserven basiert auf finanzökonomischen Überlegungen und wird nach einer anerkannten Methode aufgrund der Rendite-/Risikoeigenschaften der Anlagekategorien ermittelt. Diese wird mit einem Sicherheitsniveau von mindestens 97.5% und einem Zeithorizont von mindestens einem Jahr berechnet. Dadurch kann mit hinreichender Sicherheit eine geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglicht werden. Basierend auf dieser Berechnung wird die Wertschwankungsreserve von der Verwaltungskommission festgesetzt und bei Bedarf angepasst. Dabei gilt der Grundsatz der Stetigkeit.

## **B. Anlagerichtlinien**

### **Art. 6. Allgemeine Anlagerichtlinien**

Sämtliche rechtlichen Anlagevorschriften und Bestimmungen, insbesondere diejenigen von Art. 71 BVG, der der Art. 49 ff. BVV 2, des FinfraG, der FinfraV sowie die Weisungen der zuständigen Behörden sind jederzeit einzuhalten.

### **Art. 7. Liquide Mittel**

Zulässig sind Konto-, Festgeld- und Geldmarktanlagen sowie Kassenobligationen bei Banken, welche von mindestens einer Ratingagentur ein Rating von A- haben. Der Anlageausschuss kann Ausnahmen bewilligen.

### **Art. 8. Festverzinsliche**

<sup>1</sup> Das Ziel ist eine stabile Rendite.

<sup>2</sup> Es sind sowohl kotierte als auch Privatmarktanlagen zulässig. Privatmarktanlagen sind gemäss BVV2 den alternativen Anlagen zuzuordnen. Es kann in Direktanlagen als auch in Kollektivanlagen investiert werden.

### **Art. 9. Aktien**

<sup>1</sup> Das Ziel ist eine hohe langfristige Rendite.

<sup>2</sup> Es sind sowohl kotierte als auch Privatmarktanlagen zulässig. Privatmarktanlagen sind gemäss BVV2 den alternativen Anlagen zuzuordnen. Es kann in Direktanlagen als auch in Kollektivanlagen investiert werden.

### **Art. 10. Immobilien**

<sup>1</sup> Anlagegrundsatz

- Immobilienanlagen sind strategische Positionen. Eine langfristige nachhaltige Wertsteigerung wird angestrebt.
- Anlagen in Immobilien erfolgen sowohl in Direktanlagen als auch über Kollektivanlagen.

<sup>2</sup> Direktanlagen

- Die Umsetzung der Direktanlagen Inland erfolgt gemäss der separaten Immobilienstrategie.
- Investitionen in Direktanlagen Ausland sind nicht zulässig.

<sup>3</sup> Kollektivanlagen

Zu den Kollektivanlagen zählen insbesondere: Anteile von Immobilienfonds, Ansprüche bei Anlagestiftungen, Beteiligungspapiere an Immobiliengesellschaften.

### **Art. 11. Infrastruktur**

Die Investition in Infrastrukturanlagen dient der Erzielung von langfristig stabilen Renditen. Investitionen, welche einen Hebel aufweisen, sind gemäss BVV2 den alternativen Anlagen zuzuordnen.

### **Art. 12. Alternative Anlage**

Alternative Anlagen dienen schwergewichtig der Erzielung einer Überrendite über traditionelle Anlagen sowie der Diversifikation.

### **Art. 13. Nachhaltige Vermögensanlage**

<sup>1</sup> Die PKSO ist sich ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, sowie der Risiken aus einer sich nicht nachhaltig entwickelten Gesellschaft auf ihre Investitionen, bewusst. Sie erachtet schädliche Tätigkeiten von Unternehmen bei ökologischen, sozialen und bei Governance-Themen als zukünftiges Anlagerisiko für die kosteneffiziente risikoadjustierte Rendite. Sie berücksichtigt deshalb bei ihren Anlagen die Grundsätze der Nachhaltigkeit. Sie achtet darauf, dass der negative Einfluss der Vermögensanlagen auf das Öko- und Gesellschaftssystem reduziert wird. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie soll sich an Grundsätzen orientieren, welche im Interesse der Versicherten von der Verwaltungskommission kontinuierlich überprüft werden.

<sup>2</sup> Dabei definiert die PKSO folgende Grundsätze:

- Nachhaltigkeit wird in den Anlageprozess miteinbezogen. Die PKSO verfolgt ihre Nachhaltigkeitsziele in möglichst allen Anlageklassen. Bei der nachhaltigen Positionierung im Portfolio wird eine möglichst optimale Abweichung zu konventionellen Anlagen angestrebt. Die langfristige Rendite des Portfolios muss unter Berücksichtigung der Risiken maximiert werden.
- Ausschlüsse von Unternehmen sollen möglichst vermieden werden, dafür soll der Fokus auf Engagement (Dialog) gesetzt werden. Damit kann eine nachhaltige Entwicklung bei einem Unternehmen zielführender angestoßen werden. Die Stimmrechtsausübung bei den Unternehmen basiert auf nachhaltigen Leitlinien.
- Bei ihrer Anlagetätigkeit will die PKSO Klimarisiken berücksichtigen und in den Anlageprozess miteinbeziehen. Die PKSO misst die Klimarisiken im Portfolio anhand definierter Kennzahlen.
- Mit Impact Investing soll eine materiell positive Wirkung (Impact) auf das Gesellschafts- und Ökosystem erzielt werden.

<sup>3</sup> Die konkrete Umsetzung der Grundsätze wird in einem Nachhaltigkeitskonzept definiert

### **Art. 14. Wahrnehmung der Aktionärsrechte**

<sup>1</sup> Als Aktionärin nimmt die PKSO an sämtlichen Generalversammlungen schweizerischer Aktiengesellschaften, die im In- oder Ausland kotiert sind, ihre Stimm- und Wahlrechte der von ihr gehaltenen Aktien wahr.

<sup>2</sup> Die Stimmpflicht bedeutet Teilnahmepflicht, d.h. die PKSO muss mit «ja», «nein» oder «Enthaltung» stimmen. In diesem Sinne:

- wählt sie jährlich den Präsidenten/die Präsidentin des Verwaltungsrates und je einzeln die Mitglieder des Verwaltungsrates und des Vergütungsausschusses sowie den/die unabhängige(n) Stimmrechtsvertreter/Stimmrechtsvertreterin Abweichende Regeln müssen statutarisch verankert sein
- stimmt sie über alle statutarischen Bestimmungen ab, die der Generalversammlung von Gesetzes wegen zwingend zur Abstimmung vorgelegt werden müssen, namentlich bezüglich Arbeitsverträgen und aller Vergütungen an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und den Beirat oder Grundsätzen über die Organisation des Vergütungsausschusses oder die Übertragung der Geschäftsführung

- stimmt sie jährlich sowie je einzeln über die zulässigen direkten und indirekten Vergütungen (Geldwert bzw. Wert der Sachleistungen) an den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und den Beirat ab
- Die Ausübung der Stimmrechte kann an einen externen Dienstleister delegiert werden.

<sup>3</sup> Die PKSO nimmt die Aktionärsrechte immer im Interesse der Versicherten wahr. Insbesondere wird dabei auf die nachhaltige Mehrung des Vorsorgevermögens geachtet. Die Verwaltungskommission kann das Interesse der Versicherten näher spezifizieren. Die PKSO kann für die Willensbildung zur Wahrnehmung ihrer Aktionärsrechte Analysen und Stimmrechtsempfehlungen von Stimmrechtsberatern oder Corporate Governance Experten berücksichtigen, wobei die Interessen der Versicherten zu beachten sind.

<sup>4</sup> Die Verwaltungskommission stellt sicher, dass die Versicherten mindestens jährlich über das Stimm- und Wahlverhalten der PKSO informiert werden, wobei diese Information auch über das Internet erfolgen kann.

#### **Art. 15. Anlagen beim Arbeitgeber**

Die Bestimmungen von Art. 57 ff. BVV 2 sind jederzeit einzuhalten.



## C. Aufgaben und Kompetenzen

### Art. 16. Führungsorganisation

<sup>1</sup> Die Führungsorganisation im Bereich der Vermögensbewirtschaftung der PKSO umfasst die folgenden vier Ebenen:

1. Verwaltungskommission
2. Anlageausschuss
3. Geschäftsführer
4. Bereichsleiter Anlagen

<sup>2</sup> Die Zusammensetzung der Gremien, das Wahlverfahren sowie die Kompetenzregelungen sind im Organisations- und Geschäftsreglement der PKSO enthalten.

### Art. 17. Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission:

- trägt die Gesamtverantwortung für die Bewirtschaftung des Vermögens.
- legt die Grundsätze und Ziele der Bewirtschaftung der Vermögensanlagen fest.
- genehmigt das Anlagereglement der PKSO.
- genehmigt die übergeordnete Anlagestrategie mit den Gewichten von Anlagekategorien und Bandbreiten aufgrund von Rendite- und Risikozielen, die aus der ALM-Analyse resultieren
- überprüft periodisch, oder wenn ausserordentliche Ereignisse es erfordern, die übergeordnete Anlagestrategie
- definiert die maximale Quote von Kategorien und Anlagen, die als «Alternative Anlagen» gemäss BVV2 gelten
- definiert die maximale Quote von illiquiden Anlagen
- definiert die zulässigen Anlagekategorien für die strategische Feinallokation auf Antrag des Anlageausschusses und definiert ob die Anlagekategorie den illiquiden nicht kotierten Anlagen zugeordnet wird. Zusätzlich definiert sie, ob die Anlagekategorien den alternativen Anlagen zugeordnet werden.
- delegiert die Kompetenz für die Durchführung der Anlagestrategie im Rahmen der Grundsätze, Zielsetzungen und Richtlinien an den Anlageausschuss
- kann spezifische Richtlinien über die Bewirtschaftung einzelner Anlagekategorien oder Anlageinstrumente (z.B. Einsatz derivativer Instrumente) erlassen.
- kontrolliert die ordnungsgemässe Umsetzung der langfristigen Anlagestrategie und die Einhaltung der Anlagerichtlinien.
- entscheidet in Abhängigkeit von der Anlagestrategie und den Anlageresultaten über den Umfang, die Bildung und Auflösung von Wertschwankungsreserven auf Antrag des Anlageausschusses.
- Entscheidet über die Zulässigkeit von Anlagen beim Arbeitgeber
- Legt die Grundsätze bei der Wahrnehmung der Aktionärsrechte fest, die das Interesse der Versicherten bei der Ausübung des Stimmrechts konkretisieren.
- Ist verantwortlich für die schlüssige Darlegung allfälliger Anlageerweiterungen im Jahresbericht.

## **Art. 18. Anlageausschuss**

Der Anlageausschuss:

- definiert die strategische Feinallokation, welche von der strategischen übergeordneten Strategie abgeleitet ist.
- definiert die Gewichte und Bandbreite der strategischen Feinallokation.
- definiert einen Vergleichsindex für jede Anlagekategorie.
- beantragt Modifikationen der übergeordneten Anlagestrategie zuhanden der Verwaltungskommission.
- entscheidet über Banken und Vermögensverwalter, mit denen die PKSO zusammenarbeitet und informiert die Verwaltungskommission.
- regelt mittels klar definierter Verwaltungsaufträge und spezifischer Mandatsrichtlinien die Tätigkeit der externen und internen Vermögensverwalter (Banken, Portfolio Manager, Bereichsleiter Anlagen).
- definiert das regelbasierte Rebalancingkonzept und kontrolliert deren Umsetzung.
- definiert die taktische Gewichtung der Anlagekategorien ausschliesslich im Rahmen eines regelbasierten Rebalancingkonzept.
- entscheidet über die Ausführung des Stimm- und Wahlverhaltens der PKSO gemäss den definierten Grundsätzen.
- entscheidet über den Kauf und Verkauf von Liegenschaften und informiert die Verwaltungskommission.
- genehmigt die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes durch die Geschäftsstelle.
- entscheidet über die Zulässigkeit von Wertschriftenleihe (Securities Lending) und Pensionsgeschäften (Repurchase Agreement).

## **Art. 19. Geschäftsführer**

Die Aufgaben des Geschäftsführers sind im Organisations- und Geschäftsreglement (OrG) geregelt.

## **Art. 20. Bereichsleiter Anlagen**

Der Bereichsleiter Anlagen:

- ist verantwortlich für die Erstellung des Budgets, die Liquiditätsplanung und die Liquiditätskontrolle im Bereich Anlagen.
- ist im Rahmen dieser Richtlinien und der Vorgaben des Anlageausschusses verantwortlich für die Zuteilung der verfügbaren Mittel zuhanden der Vermögensverwalter (Rebalancing).
- nimmt die Beschaffung von Liquidität von den einzelnen Vermögensverwaltern vor.
- kontrolliert, dass bei der Anlagetätigkeit des Anlageausschusses die reglementarischen und gesetzlichen Vorgaben und Vorschriften eingehalten werden.
- ist Ansprechpartner für die zentrale Depotstelle und die Vermögensverwalter.
- verlangt von allen Personen und Institutionen, die mit der Vermögensverwaltung betraut sind, jährlich eine schriftliche Erklärung über persönliche Vermögensvorteile und erstattet dem Geschäftsführer zu Handen der Verwaltungskommission Bericht darüber.
- ist für die administrative Umsetzung der gesetzlichen und reglementarischen Vorgaben bezüglich der Wahrnehmung der Aktionärsrechte der PKSO verantwortlich.
- tätigt die internen Anlagen gemäss den spezifischen Anlagerichtlinien des Anlageausschusses.
- schlägt dem Anlageausschuss den Kauf und Verkauf von Liegenschaften vor.
- bestimmt die Mietzins- und Unterhaltspolitik bei den Liegenschaften.

- überwacht die Vermögensverwalter, die Anlagetätigkeit und den Anlageerfolg.

## **Art. 21. Investment Controller**

<sup>1</sup> Die Aufgaben des Investment Controllers werden in einem schriftlichen Vertrag geregelt.

<sup>2</sup> Der Investment Controller:

- erstellt quartalsweise einen Controlling Report mit folgendem Inhalt:
  - Einhaltung der BVV 2 Richtlinien
  - Einhaltung des Anlagereglementes, der Bandbreiten (Rebalancing) sowie der internen und externen Mandatsrichtlinien
  - Beurteilung der Performance & Risikokennzahlen
  - Abgabe von Handlungsempfehlungen
- unterstützt die Verwaltungskommission und den Anlageausschuss bei der Überwachung der Umsetzung der Anlagestrategie und des Anlageprozesses. Er berichtet mindestens einmal jährlich direkt der Verwaltungskommission.
- unterstützt den Anlageausschuss bei der Überwachung der externen sowie der internen Mandate.
- ist Ansprechpartner für die Verwaltungskommission, den Anlageausschuss, den Bereichsleiter Anlagen und den Geschäftsführer für Überwachungsfragen und entsprechende best practice Ansätze.
- informiert den Anlageausschuss, den Bereichsleiter Anlagen und den Geschäftsführer über wesentliche Abweichungen vom Anlagereglement, von der Anlagestrategie und/oder von den Mandatierungsstandards sowie Mandats- bzw. Bewirtschaftungsrichtlinien.
- Der Investment Controller kann sich bei Bedarf jederzeit an den Präsidenten der Verwaltungskommission wenden.
- Der Anlageausschuss wählt auf Vorschlag der Geschäftsstelle eine geeignete natürliche oder juristische Person als Investment Controller.

## **Art. 22. Unabhängige Anlageberater**

<sup>1</sup> Unabhängige Anlageberater können punktuell vom Anlageausschuss und der Verwaltungskommission zur Beratung in Anlagefragen und bei komplexen Ausschreibungen hinzugezogen werden.

<sup>2</sup> Der Anlageausschuss wählt auf Vorschlag der Geschäftsstelle eine geeignete natürliche oder juristische Person. Diese kann nicht gleichzeitig die Funktion des Investment Controllers wahrnehmen.

<sup>3</sup> Bei Mandatierungen durch den Anlageausschuss bzw. der Verwaltungskommission erfolgt die Berichterstattung direkt an das Präsidium des Anlageausschusses bzw. der Verwaltungskommission.

## **Art. 23. Zentrale Depotstelle (Global Custodian)**

<sup>1</sup> Die zentrale Depotstelle ist verantwortlich für die einwandfreie Abwicklung der sogenannten Basisdienstleistungen des Global Custody, insbesondere:

- die Titelaufbewahrung,
- die Abwicklung aller Wertschriftengeschäfte,
- die Eintragung der Namenaktien der PKSO ins Aktienregister und die Sicherstellung des Stimmrechts der PKSO an den Generalversammlungen,
- den einwandfreien Geschäftsverkehr zwischen der PKSO und ihren Vermögensverwaltern.

<sup>2</sup> Die zentrale Depotstelle ist verantwortlich für das Erstellen und Aufbereiten aller für die Überwachung der Vermögensverwalter und das Anlagecontrolling notwendigen Informationen (Reporting), wie insbesondere:

- die Berechnung der Anlagerendite der Vermögensverwalter, der Anlagekategorien und des Wertschriftenvermögens sowie der entsprechenden Vergleichsindizes,
- der Darstellung der Zusammensetzung der einzelnen Portfolios der Vermögensverwalter, der Anlagekategorien und des Wertschriftenvermögens sowie der entsprechenden Vergleichsindizes.

<sup>3</sup> Die zentrale Depotstelle ist verantwortlich für das Führen einer revisionstauglichen Wertschriftenbuchhaltung.

<sup>4</sup> Die Aufgaben der zentralen Depotstelle sind in einem speziellen Mandatsvertrag zu regeln.

#### **Art. 24. Wertschriftenleihe (Securities Lending)**

<sup>1</sup> Securities Lending erfolgt ausschliesslich auf gesicherter Basis und wird basierend auf einem schriftlichen Vertrag über die Depotbank abgewickelt.

<sup>2</sup> Securities Lending innerhalb von eingesetzten Kollektivanlagen ist ebenfalls zulässig.

#### **Art. 25. Pensionsgeschäfte (Repurchase Agreement)**

<sup>1</sup> Die PKSO darf im Rahmen von Pensionsgeschäften ausschliesslich als Pensionsnehmerin auftreten, d.h. Kauf und gleichzeitiger Terminverkauf derselben Wertschriften (Reverse Repo). Ausdrücklich nicht zulässig ist das Handeln als Pensionsgeberin.

<sup>2</sup> Es ist sicherzustellen, dass die Aktien von kotierten Schweizer Aktiengesellschaften in der relevanten Zeitperiode von den Pensionsgeschäften ausgenommen sind, d.h. die Wahrnehmung der Aktionärsrechte gemäss Anlagereglement darf aufgrund der Pensionsgeschäfte nicht beeinträchtigt werden.

<sup>3</sup> Pensionsgeschäfte innerhalb von eingesetzten Kollektivanlagen sind ebenfalls zulässig.

#### **Art. 26. Einsatz derivativer Instrumente**

<sup>1</sup> Grundsätzlich erfolgen die Anlagen der PKSO in Basiswerten.

<sup>2</sup> Sämtliche Verpflichtungen, die sich bei der Ausübung von Derivaten ergeben können, müssen jederzeit entweder durch Liquidität (bei Engagement erhöhenden Geschäften) oder durch Basisanlagen (bei Engagement senkenden Geschäften) vollumfänglich gedeckt sein. Der Aufbau einer Hebelwirkung auf Stufe Gesamtvermögen (= versteckte Kreditaufnahme) und der Leerverkauf von Basisanlagen sind strikt verboten.

<sup>3</sup> Short Credit Default Swaps (Aufbau von Kreditrisiken) sind nur im Rahmen alternativer Anlagen zulässig.

<sup>4</sup> Beim Handel mit Derivaten, die dem FinfraG/der FinfraV unterstellt sind, ist sicherzustellen, dass die entsprechenden Handelsregeln eingehalten werden. Bei Währungstermingeschäften und Währungsswaps (sofern die reale Erfüllung gewährleistet ist), welche die PKSO direkt mit einer Gegenpartei tätigt, gilt zu beachten, dass diese der Meldepflicht unterstehen.

## D. Überwachung und Berichterstattung

### Art. 27. Überwachung

<sup>1</sup> Die Anlagen und deren Bewirtschaftung sind laufend zu überwachen. Über die verschiedenen Überwachungsinhalte ist periodisch und stufengerecht Bericht zu erstatten, so dass die verantwortlichen Organe über aussagekräftige Informationen verfügen.

<sup>2</sup> Die Einhaltung der Bandbreiten der übergeordneten Strategie wird per Ende Quartal überprüft. Bandbreitenverletzungen werden innerhalb des Folgequartals korrigiert.

### Art. 28. Berichterstattung

<sup>1</sup> Die Berichterstattung hat sicherzustellen, dass die einzelnen Kompetenzebenen so informiert werden, dass sie die ihnen zugeordnete Führungsverantwortung wahrnehmen können.

<sup>2</sup> Die Berichterstattung erfolgt nach folgendem Konzept:

Berichterstatter	Adressat	Periodizität/Thematik/Inhalt
Zentrale Depotstelle (Global Custodian)	Bereichsleiter Anlagen, Externer Investment Controller	Monatlich: Investment Report <ul style="list-style-type: none"> <li>• Performance (auf allen Stufen)</li> <li>• Vermögensstruktur</li> <li>• Strukturanalysen</li> <li>• Compliance</li> </ul>
Externer Investment Controller	Geschäftsführer, Verwaltungskommission	Quartalsweise: Investment Controlling Report <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einhaltung Strategiebandbreiten</li> <li>• Beurteilung Performance und Risiko</li> <li>• Überwachung der internen Mandate</li> <li>• Überwachung der Mandatsrestriktionen der internen und externen Mandate</li> <li>• Handlungsempfehlungen</li> </ul>
Interne/Externe Vermögensverwalter	Bereichsleiter Anlagen	Quartalsweise: Bericht Anlagen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bericht über Anlagetätigkeit</li> <li>• Begründung Performanceabweichung</li> <li>• Nachhaltigkeitspolitik</li> </ul>
Externer Immobilienschätzer	Anlageausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jährlich: Bericht über den Wert der Liegenschaften</li> </ul>
Bereichsleiter Anlagen	Anlageausschuss	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Quartalsweise: Beurteilung Anlagemärkte</li> <li>• Quartalsweise: Beurteilung Performance und Risiko auf Stufe Gesamtvermögen</li> <li>• Jährlich: Stimm- und Wahlverhalten der PKSO bei Generalversammlungen</li> <li>• Jährlich: Beurteilung Performance und Risiko auf Stufe Asset Manager</li> </ul>
Bereichsleiter Anlagen	Geschäftsführer zu Händen der Verwaltungskommission	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jährlich: Bericht über Erklärungen zu persönlichen Vermögensvorteilen</li> <li>• Informationen gemäss Anhang B und C des Organisations- und Geschäftsreglements (OrG)</li> </ul>
Bereichsleiter Anlagen	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Information über Entscheide des Anlageausschusses und über Bereich</li> </ul>

Berichterstatter	Adressat	Periodizität/Thematik/Inhalt
		Anlagen gemäss Anhang B und C des Organisations- und Geschäftsreglements (OrG)
Bereichsleiter Anlagen im Auftrag der Verwaltungskommission	Destinatäre	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jährlich: Bericht über Anlagetätigkeit und Anlageresultate</li> <li>• Jährlich: Stimm- und Wahlverhalten der PKSO bei Generalversammlungen</li> </ul>
Bereichsleiter Anlagen	Verwaltungskommission, Anlageausschuss, Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regelmässige Überprüfung ob der Schwellenwert ausstehender Derivatgeschäfte gemäss FinfraG/FinfraV nicht überschritten wird</li> </ul>
Anlageausschuss	Verwaltungskommission	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Halbjährlich: Status der Vermögensanlagen</li> <li>• Halbjährlich: Vermögensentwicklung</li> <li>• Halbjährlich: Spezielle Vorkommnisse</li> <li>• Halbjährlich: Laufende und beendete Projekte</li> <li>• Jährlich: Stimm- und Wahlverhalten der PKSO bei Generalversammlungen</li> </ul>

## E. Schlussbestimmungen

<sup>1</sup> Dieses Reglement tritt gemäss Beschluss der Verwaltungskommission vom 31. Oktober 2022 auf den 1. Februar 2023 in Kraft. Es ersetzt alle früheren Anlagereglemente der Pensionskasse. Es kann jederzeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften von der Verwaltungskommission geändert werden.

<sup>2</sup> Änderungen sind der Aufsicht zur Kenntnis zu bringen.

## F. Anhang 1 - Übergeordnete Strategie

		Bandbreiten	
<b>Festverzinsliche</b>	<b>33%</b>	<b>19%</b>	<b>48%</b>
Liquidität	2%	0%	5%
Festverzinsliche Schweiz	20%	13%	27%
Obligationen Fremdwährungen	11%	6%	16%
<b>Aktien</b>	<b>40%</b>	<b>28%</b>	<b>52%</b>
Aktien Schweiz	10%	5%	15%
Aktien Ausland	30%	23%	37%
<b>Immobilien</b>	<b>23%</b>	<b>15%</b>	<b>31%</b>
<b>Infrastruktur</b>	<b>4%</b>	<b>0%</b>	<b>8%</b>
<b>Total</b>	<b>100%</b>		
<b>Währungen</b>		<b>0%</b>	<b>20%</b>
<b>Alternative Anlagen</b>		<b>bis max. 8%</b>	
<b>Illiquide nicht-kotierte Anlagen</b>		<b>bis max. 55%</b>	

## G. Anhang 2 - Prozess Definition der Feinstrategie

- Die Verwaltungskommission bewilligte am 31. Oktober 2022 die zulässigen Anlagekategorien, welche für die Umsetzung der übergeordneten Strategie ab 1. Februar 2023 in der Feinallokation eingesetzt werden können. Diese sind:
  - Liquidität (Übergeordnete Strategie Liquidität)
  - Obligationen CHF Inland (Übergeordnete Strategie: Festverzinsliche Schweiz)
  - Obligationen CHF Ausland (Übergeordnete Strategie: Festverzinsliche Schweiz)
  - Schuldscheine (Übergeordnete Strategie: Festverzinsliche Schweiz)
  - Annuität (Übergeordnete Strategie Festverzinsliche Schweiz)
  - Staatsanleihen hoher Bonität und Liquidität (Übergeordnete Strategie: Obligationen Fremdwährungen)
  - Unternehmensanleihen Investment-Grade (Übergeordnete Strategie: Obligationen Fremdwährungen)
  - Schwellenländeranleihen (Übergeordnete Strategie: Obligationen Fremdwährungen)
  - Aktien Schweiz Large Cap (Übergeordnete Strategie: Aktien Schweiz)
  - Aktien Schweiz Small/Mid Caps (Übergeordnete Strategie: Aktien Schweiz)
  - Aktien Industrieländer Large/Mid Caps (Übergeordnete Strategie: Aktien Ausland)
  - Aktien Industrieländer Small Caps (Übergeordnete Strategie: Aktien Ausland)
  - Aktien Schwellenländer (Übergeordnete Strategie: Aktien Ausland)
  - Immobilien Schweiz kotiert (Übergeordnete Strategie: Immobilien)

- Immobilien Schweiz nicht kotierte Kollektivanlagen (Übergeordnete Strategie: Immobilien)
  - Immobilien Schweiz Direktanlagen (Übergeordnete Strategie: Immobilien)
  - Immobilien Ausland kotierte Anlagen (Übergeordnete Strategie: Immobilien)
  - Immobilien Ausland nicht kotierte Anlagen (Übergeordnete Strategie: Immobilien)
2. Der Anlageausschuss hat jederzeit die Möglichkeit auf Antrag bei der Verwaltungskommission weitere Anlagekategorien bewilligen zu lassen.
  3. Der Antrag beinhaltet folgende Punkte:
    - die gewünschte Anlagekategorie
    - definiert ob diese gemäss BVV2 den alternativen Anlagen zuzuordnen ist
    - konkretisiert ob diese Anlagekategorie den illiquiden nicht-kotierten Anlagen zugeordnet wird.
    - definiert die Einordnung der Anlagekategorie in eine der grossen Anlagenklassen der übergeordneten Strategie
  4. Der Anlageausschuss setzt die strategische Quote sowie die Bandbreiten der Feinallokation fest.
  5. Der Anlageausschuss definiert für jede Anlagekategorie eine Vergleichsgrösse (Benchmark). Mit diesen Benchmarks und deren definierten strategischen Gewichtungen in der Feinallokation wird ein übergeordneter Vergleichsindex berechnet.